# Pressespiegel = Reflets de presse

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **66 (1975)**

Heft 21

PDF erstellt am: **30.05.2024**

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

# Pressespiegel – Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

### Auszeichnung für Condor-Film

sda. Der Condor-Film «Energie 2000» wurde am 2. Internationalen Filmfestival in Long Island mit dem Goldenen Image Certificate ausgezeichnet. Herbert E. Meyer, von dem das Buch stammt, hat auch Regie geführt. Der Film, der bereits früher fünf Preise erhalten hat, wurde vom Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke in Auftrag gegeben.

*«Grenchner Tagblatt», Grenchen, 4. September 1975*

### Le pourquoi des choses

Lorsqu'on est mère de famille, suffisamment indépendante pour s'intéresser au pourquoi des choses, et que l'on prend le temps de lire les journaux, on est frappé par le nombre de gens qui sont contre quelque chose et qui le disent bien haut. Permettez-moi à mon tour de dire bien haut que je suis «pour»:

– qu'une entreprise d'électricité continue à me distribuer du courant d'une manière régulière;

– que je puisse ainsi continuer à utiliser ce courant dans ses mille et une applications journalières sans lesquelles la vie quotidienne n'est plus concevable;

– pouvoir, grâce notamment aux appareils électroménagers, me libérer des tâches ménagères les plus ingrates pour me vouer à l'éducation de mon fils;

– pouvoir, enfin et surtout, partager ces privilèges avec le plus grand nombre possible de gens qui y aspirent.

Il est évident qu'aucune de ces raisons ne peut justifier le gaspillage qui doit être combattu. A ce sujet, je ne peux que féliciter les distributeurs d'électricité pour leur récente campagne d'information sur le thème: «Utilisons mieux l'électricité.» Mais il est aussi certain qu'à plus ou moins brève échéance, nous allons vers une pénurie d'énergie. Peut-on estimer aujourd'hui les conséquences d'éventuelles restrictions d'électricité, non seulement pour le consommateur moyen, mais surtout pour l'industrie déjà en difficulté? Et n'en déplaise aux esprits chagrins qui peignent le diable atomique sur la muraille, j'aimerais pour ma part faire un acte de foi, celui de la femme au foyer, confiante en l'avenir et en la science. Construire des centrales nucléaires, n'est-ce pas simplement souscrire au progrès?

A leurs débuts, le chemin de fer et l'avion avaient au moins autant d'opposants que les centrales nucléaires aujourd'hui. Grâce à la foi d'un petit nombre de pionniers, nous pouvons à présent remercier bien haut les générations qui ont permis ces réalisations et bien d'autres grâce auxquelles la vie n'est, finalement, pas si noire!

En vous remerciant de votre attention à ces lignes, je vous prie d'agréer, Monsieur le rédacteur, mes salutations distinguées.

*M^me^ G. Delafontaine, La Tour-de-Peilz*
*«24 heures», Lausanne, 7 septembre 1975 (lettre de lectrice)*

### Energiefragen

Die Energieprobleme sind ausserordentlich vielschichtig. Es werden zahlreiche Energieträger für die Bewältigung der verschiedensten Energiebedürfnisse herangezogen. Die Erarbeitung einer Gesamtenergiekonzeption ist daher sehr zu begrüssen.

Die Landwirtschaft ist zusammen mit der Waldwirtschaft Energieproduzent, gleichzeitig aber auch bedeutender Energieverbraucher. Die hohe Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft hat in den letzten 25 bis 30 Jahren zu einer Vervielfachung des Energiebedarfes geführt. Obwohl die Landwirtschaft schon 1965 sehr stark motorisiert war, ist der Verbrauch von Treibstoffen in der Landwirtschaft allein von 1965 bis 1973 um über 50 % angestiegen. Hinzu gesellt sich ein starker Anstieg auch des Elektrizitätsverbrauches.

Nicht unterschätzt werden darf aber auch der indirekte Verbrauch von Energie für die Herstellung landwirtschaftlicher Hilfsstoffe, die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte sowie Verpackung und Transport von Hilfsstoffen und Produkten zu den Verarbeitungs- und Verbrauchsorten.

Bisher waren die für die Landwirtschaft benötigten Energieträger praktisch ohne Einschränkungen zu relativ günstigen Preisen erhältlich. Steigende Preise und eine mögliche Verknappung zwingen auch die Landwirtschaft, diese Fragen vemehrt zu beachten und mit der Energie so sparsam wie möglich umzugehen.

Heute gilt es, frei von Emotionen, auf nationaler und internationaler Ebene zu versuchen, die berechtigten Energiebedürfnisse, unter Berücksichtigung eines vernünftigen Umweltschutzes, auf Dauer zu angemessenen Preisen zu befriedigen. Dabei kommt der Forschung für die bessere Ausnützung bestehender Energieträger und die Nutzbarmachung neuer Energiequellen besondere Bedeutung zu.

In diesem Sinne hat eine vom Schweizerischen Bauernverband eingesetzte Arbeitsgruppe sich gegenüber der Eidg. Kommission für die Gesamtenergiekonzeption geäussert. Sie wird Gelegenheit erhalten, Ende Oktober ihre Auffassungen gegenüber einer Delegation der erwähnten Kommission nach mündlich darzulegen.

*Hans Dickenmann*

*«Der Schweizer Bauer», Bern, 2. Oktober 1975*

### Für oder gegen Atomkraftwerke

Vor rund zwei Jahren haben die Stimmbürger von Inwil mit knappem Mehr einer Umzonung der Schweissmatt für ein Kernkraftwerk zugestimmt. Die Centralschweizerischen Kraftwerke AG haben daraufhin das Bewilligungsverfahren für ein solches Werk eingeleitet. Zurzeit prüfen eidgenössische Kommissionen, ob Inwil ein geeigneter Standort für ein Kernkraftwerk ist. Nachdem Kaiseraugst im letzten Frühling gezeigt hat, welche Probleme eine derartige Anlage mit sich bringt, verwunderte es nicht, dass der «Union»-Saal bis auf wenige Plätze gefüllt war, als sich am vergangenen Dienstag Befürworter und Gegner ein Streitgespräch lieferten.

bs: Gegen Kernkraftwerke sprachen Dr. M. Thürkauf, Professor für physikalische Chemie an der Universität Basel, und der Präsident des Nordwestschweizerischen Komitees gegen Atomkraftwerke, H. Weder. Beide wiesen sie auf die Umweltbelastung solcher Werke hin, angefangen von der Luftverseuchung mit radioaktiven Stoffen über die Beeinflussung der meteorologischen Verhältnisse durch die Wärmeabgabe der Kühltürme bis hin zur Verantwortung unserer Generation für spätere, denen wir Atommüll und eine wegen des Energieverbrauchs verbetonierte Landschaft hinterlassen.

Die Befürworter, Grossrat Franz Dommann von den Centralschweizerischen und K. Küffer von den Nordostschweizerischen Kraftwerken, legten dar, in welcher Zwickmühle sie sich als Vertreter von Elektrizitätsunternehmungen befinden. Von Gesetzes wegen sind sie zur Versorgung der Bevölkerung mit Strom verpflichtet, und dieser Bedarf steigt jährlich um 4 bis 5 Prozent. Als mittelfristig realisierbare Alternative zu den herkömmlichen Produktionsmethoden bietet die Wissenschaft aber nur Kernkraftwerke an, deren Gefahren, da man noch keine grossen Erfahrungen hat, die auch Laien überprüfen können, von diesen hochgespielt werden. Die völlig problemlose Sonnenenergie ist erst langfristig wirtschaftlich nutzbar.

Zum Standort Inwil befragt, meinte der Direktor der Centralschweizerischen Kraftwerke, dass dieser aus seiner Sicht sehr günstig sei, dies aber jetzt von den Bundesbehörden überprüft werde. An einer Bewilligung zum Betrieb sei sein Unternehmen natürlich nur interessiert, wenn das Bedürfnis für die Strompro-

duktion ausgewiesen sei. Die Bevölkerung habe es also mit einem freiwilligen «Stopp der Energieverschwendung» in der Hand, den Bau des Kernkraftwerks Inwil zu verhindern, auch wenn eine Standortbewilligung erteilt würde. «Für Inwil spricht der materielle Wohlstand, gegen Inwil alles andere», meinte Professor Thürkauf zur Standortfrage. Darin sind sich also Befürworter und Gegner einig: Wenn das Volk einen materiellen Rückschritt in Kauf nimmt, sind Atomkraftwerke nicht mehr aktuell.

Wenn die Information über Kernkraftwerke so weitergeht, wie sie in unserer Region mit dem Podiumsgespräch im «Union» begonnen hat, sollte es nie zu einem «Fall Kaiseraugst» in Inwil kommen. Und damit wäre doch Gegnern und Befürwortern gedient.

*«Vaterland», Luzern, 2. Oktober 1975*

**Gewaltfrei?**

Die gewaltfreie Aktion Kaiseraugst GAK («lieber heute aktiv als morgen radioaktiv») hat «Grundsätze und Programm» herausgegeben. Darin heisst es u. a., man dürfe nicht davon ausgehen, dass die Demokratie *nicht* korrumpiert sei. Der Glaube an den Staat, an unsere Demokratie sei aber in der Bevölkerung noch weitgehend ungebrochen. Und eben auf diese Basis sei eine geschickte politische Strategie (der GAK) abzustellen: «Eine solche Strategie hat den Herrschenden nicht soweit entgegenzukommen, dass sie die Forderungen (der GAK) erfüllen können ..., aber sie hat soviel Flexibilität zu bewahren, dass sie ihre Annahmen nicht durch provokatives Verhalten selbst bestätigt. Das heisst, unsere Strategie muss

1. die Chance, das Atomkraftwerk durch unsere Demokratie zu verhindern, wahrnehmen ...,

2. die Korrumpiertheit nicht durch sich selbst, sondern durch die Starrheit des Systems entlarven. Wenn alle Chancen, auch die geringsten, ergriffen werden und erfolglos bleiben, so muss für jedermann einsichtig sein, wessen Schuld das Scheitern ist, nämlich die Schuld des so weitgehend korrumpierten und undemokratischen Systems. Eine solche Strategie bestätigt ihre Annahme nicht selbst, sondern sie lässt sie bestätigen ...»

Es sei hier weder für noch gegen den Bau von Kernkraftwerken Stellung genommen. Und die achtbaren Motive vieler Kernkraftwerkgegner seien nicht in Fage gestellt. Aber dem kritischen Leser von «Grundsätze und Programm» der GAK fällt doch einiges auf:

Nach Auffassung der Wortführer der GAK sind Demokratie und Staat korrumpiert; man nützt die (korrumpiert?-)demokratischen Möglichkeiten zwar aus, soweit sie dem Vorhaben nützlich sind, praktiziert sie aber so, dass es dann, wenn man damit nicht zum Ziel kommt, die Schuld der Korrumpiertheit und der Undemokratie unseres Systemes ist. Wer eine andere Meinung auf demokratische Weise durchzusetzen vermag, der ist nach Auffassung der GAK ein Provokateur, der die schliessliche Eskalation in die Gewalt zu verantworten hat.

Diese Art dialektischer Purzelbäume ist nicht unbekannt. An ihre Herkunft wird man auch erinnert durch den Wortschatz, der in «Grundsätze und Programm» der GAK ausgebreitet wird: Stossrichtung, Konfrontation, harte Linie; Demokratie und ihre Institutionen sind im Kapitalismus korrumpiert; der Staat vertritt nur die Interessen der Monopolkapitalisten; parlamentarische Vorstösse, Wahlen, Initiativen und Referenden sind – ausser für Propagandazwecke – nutzlos; Manipulation der Volksabstimmung durch die Herrschenden; der Staat als Büttel des Kapitals ...

Da spürt man nicht nur die Absicht, sondern man merkt auch die Herkunft und ist verstimmt.

Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv – gut! Dann aber auch: lieber heute demokratisch als morgen volksdemokratisch!

*Widder*

*«Nebelspalter», Rorschach, 8. Oktober 1975*

**Schweiz beteiligt sich an Kernspaltungsprogramm**

Bern, ddp. Die Schweiz will sich an einem Forschungs- und Entwicklungsprogramm der Europäischen Gemeinschaften beteiligen, das den Bau von Kernkraftwerken und Reaktoren auf der Grundlage der «kontrollierten thermonuklearen Fusion» zum Ziele hat. Wie das Eidgenössische Departement des Innern mitteilt, wurde es vom Bundesrat ermächtigt, eine Delegation zu bestellen, die mit den Europäischen Gemeinschaften Verhandlungen über die Beteiligung der Schweiz aufnimmt.

*«St. Galler Tagblatt», St. Gallen, 9. Oktober 1975*

**Les entreprises électriques fribourgeoises évoquent tout ce qu'elles font pour la protection des eaux**

En mai 1972, les députés fribourgeois votaient, non sans quelque réticence de la part de certains, une loi modifiant quelques dispositions de la loi sur la pêche. Ils décrétaient notamment que la mise à sec, même temporaire, d'un cours d'eau ou d'un lac est interdite; que les concessionnaires ou autres ayants droit autorisés sont tenus de laisser couler, en aval du point de retenue, un débit minimum qui sera fixé, dans chaque cas, par le Conseil d'Etat.

Ce faisant, les députés donnaient suite à un vœu maintes fois répété par les pêcheurs, indignés surtout par la mise à sec fréquente, par les EEF (Entreprises électriques fribourgeoises), de la Petite-Sarine, en aval du barrage de Rossens. Qu'en est-il aujourd'hui?

A cette question, la direction des EEF répond dans le dernier bulletin des pêcheurs fribourgeois. Elle déclare que les EEF auront assuré la dotation des cours d'eau, à l'aval de tous leurs barrages, dès la mise en service de l'équipement de Rossens, à la fin de cette année.

Cet équipement comprend essentiellement un groupe de dotation, télécommandé, assurant un débit de 1 $m^3/s$ et permettant de réduire la perte d'énergie à l'usine de Hauterive de 7,5 à 2,8 millions de kWh par an.

Le coût de la dotation, soit l'achat de l'énergie de remplacement et les charges annuelles du nouvel équipement, devisé à 1 million de francs, sera de quelque 300 000 fr. par an.

*Satisfaire l'amont et l'aval*

Mais ce n'est point là le seul effort des EEF dans le domaine de la protection des eaux. Elles relèvent notamment le fait que la gestion des bassins d'accumulation, gestion qui doit permettre un prix minimum du kWh, doit par ailleurs satisfaire à la fois les vœux des riverains amont, qui désirent le maintien de la beauté optimale des plans d'eau, et ceux des riverains aval, qui désirent une protection contre les crues, précédemment dévastatrices.

Au point de vue piscicole, la direction des EEF rappelle que les prises d'eau de Montsalvens et de Rossens ont été équipées de dispositifs électriques, soit de barrages à poissons, qui empêchent ces derniers de s'approcher des ouvertures et d'être entraînés par le courant.

*Penser aux promeneurs*

Chaque année, un alevinage dans le bassin de la Sarine – 13 000 truitelles – est assuré aux frais de EEF qui font également état du réempoissonnement, bénéfique, du lac de Montsalvens. A la suite de sa vidange, il y a six ans, quelque 47 000 truitelles y ont été introduites.

De même, les EEF s'efforcent d'acquérir, le long des rives de leurs lacs, une bande de terrain suffisante pour la protection et l'entretien des rives, mais aussi afin de permettre la circulation des promeneurs et des pêcheurs.

En remplacement du site des Vernex sous Rossinières, les EEF ont créé une réserve ornithologique sur les rives de la Sarine, entre Grandvillard et l'embouchure de la Neirivue, ce, à la suite d'un arrêté du Conseil d'Etat.

*«24 heures», Lausanne, 10. Oktober 1975*

**CKW-Ausstellung**

pd. Mit wenig Text und zahlreichen Bildern und Graphiken informieren die CKW gegenwärtig in den Schaukästen der Luzerner Kantonalbank über ihre Aufgaben, über ihre Anlagen und über die voraussichtliche Entwicklung des Energieverbrauchs. Besonders herausgestellt werden dabei die Pläne und die Konzeption des Kernkraftwerks Inwil. Die CKW stellen auch ein Konzept dar, in welchem die möglichst grosse Diversifikation der Energieträger gefordert wird.

*«Luzerner Neueste Nachrichten», Luzern, 11. Oktober 1975*

**Kernenergie wirtschaftlich fragwürdig?**

bt. Basel, 10. Okt. Eine Art neuer, technologischer Kolonisation nannte Walter C. Patterson, Energiespezialist einiger bekannter englischsprachiger Zeitungen und Zeitschriften, den Export von Kernreaktoren in Länder der dritten Welt. Ähnlich dem Waffengeschäft versuche man auch hier, durch grosse Serien den Preis pro Anlage zu senken und die unrentable Entwicklung zu sanieren, behauptete er in seinem Vortrag am Donnerstagabend, der von verschiedenen Gruppen der Atomkraftwerkgegner anlässlich der Nuclex in Basel organisiert wurde.

Ein grosser Teil der Entwicklungskosten werde von den Staaten und damit vom Steuerzahler getragen, die Profite dagegen gingen in die Tasche der Kernindustrie. Dabei bezog sich Patterson vor allem auf die Situation in den Vereinigten Staaten und Grossbritannien. Bei neuen, vom Staat entwickelten Anlagen hätten die privaten Gesellschaften sogar noch verlangt, dass die Regierung die Anlagen zurückkaufe, falls sie nicht rentieren. Aber auch an konventionellen Anlagen zeigten die Elektrizitätswerke immer weniger Interesse. Viele Bestellungen von Kernreaktoren hätten die Elektrizitätswerke in letzter Zeit annulliert. Präsident Ford habe Steuererleichterungen beim Bau von Kernkraftwerken versprochen.

Seinen Vortrag spickte Patterson mit verschiedenen Beispielen, die die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie in Frage stellen sollten. Auf 700 Millionen Dollar, so erklärte er, seien 1973 die Kosten für einen Demonstrationsbrutreaktor veranschlagt worden. Heute laute die Summe auf 1700 Millionen Dollar, und man rechne bald mit 2100 Millionen. Die Mehrkosten des Projekts, das der Staat zusammen mit 300 Elektrizitätswerken begonnen habe, trage jedoch allein der Staat. Aber auch mit dem *Uran-Kreislauf* – der kein Kreislauf sei – hapert es nach Pattersons Meinung. Warum zum Beispiel steht keine der drei amerikanischen Wiederaufbereitungsanlagen zurzeit in Betrieb?

*«Tages-Anzeiger», Zürich, 13. Oktober 1975*

**Versorgung der Schweiz mit Elektrizität und Wärme**

Kernenergie und Erdgas, in bescheidenem Ausmass auch Sonnenenergie (vor allem für die Warmwasserbereitung im Sommer), sind die einzigen Alternativen, um die bestehende einseitige Abhängigkeit unseres Landes vom Öl zu mildern. Dies ist eine der Schlussfolgerungen aus einem Bericht über die zukünftige Energieversorgung der Schweiz, den eine Studiengruppe des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE), der BBC Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie., Baden, und der Gebrüder Sulzer Aktiengesellschaft, Winterthur, ausgearbeitet und soeben veröffentlicht hat.

(pm) Unter der Annahme einer stark gedämpften Zuwachsrate im Energieverbrauch bis zum Jahr 2000, ausgewogener Berücksichtigung des Umweltschutzes, der Versorgungssicherheit, eines rationellen Rohenergieverbrauchs und der Wirtschaftlichkeit ergibt sich, dass *Kernkraftwerke* für die zusätzliche Erzeugung von Elektrizität mit Abstand am besten geeignet sind. Für die Versorgung mit Wärme für Raumheizung und Warmwasser schneidet in grösseren Ortschaften die *Fernheizung* am besten ab, wobei ein grosser Teil der benötigten Wärme aus Kernkraftwerken entnommen werden kann. Dazu sind weitgehend ausgebaute Fernwärmenetze erforderlich. In kleineren Ortschaften und in ländlichen Gegenden sollte die Elektroheizung oder die Wärmepumpe zum Einsatz gelangen.

Das *Erdgas* sollte vor allem aus wirtschaftlichen Erwägungen in der Rangfolge Industrie, Fernheizwerke, Gewerbe und Privathaushalte eingesetzt werden. In der Industrie könnten beträchtliche Mengen Heizöl ersetzt werden, wenn alle geeigneten wärmeverbrauchenden Prozesse auf Elektrizität oder Erdgas umgestellt würden.

Um die angestrebten Ziele zu erreichen, empfiehlt die Studie ausserdem, in den Regionen und Städten je nach Wohndichte und Infrastruktur-Vorleistungen Sektoren auszuscheiden, in denen als leitungsgebundene Energieträger dem Verbraucher entweder Elektrizität und Fernwärme, oder Elektrizität und Erdgas, oder nur Elektrizität zur Verfügung gestellt werden.

Die Studie ist nicht als Prognose, sondern als mögliches Versorgungskonzept aufzufassen: Sie zeigt auch die grossen finanziellen Aufwendungen von jährlich über einer Milliarde Franken auf, die notwendig sind, um unsere Abhängigkeit vom Erdöl abzuschwächen. *«Badener Tagblatt», Baden, 20. Oktober 1975*

**A-Werk-Gegner kontra Bundesexperten**

An einer Pressekonferenz orientierten die organisierten A-Werk-Gegner über die Ergebnisse der ersten Kaiseraugst-Runde, die zu «gedämpftem Optimismus» Anlass gebe. Hierbei warfen GAK und NWA den Behörden unter anderem schwere Fehler im Bewilligungsverfahren und mangelnde Untersuchung der meteorologischen Auswirkungen vor. Eine ganze Reihe von Feststellungen aber steht offenbar im Gegensatz zu dem, was die Experten dem Bundesrat über die Verhandlungen berichteten.

(ddp) Bei den nun abgeschlossenen *Expertengesprächen* seien die Fachleute der Atomkraftwerk-Gegner auf eine «Verwaltung in ausgesprochener Abwehrstellung» gestossen, wurde mehrfach betont. Einigkeit sei nur in wenigen Punkten erzielt worden. «Die Sachgespräche haben uns in unserer bisherigen Haltung bestätigt. Die Forderung nach einem Baustopp bis zu einer Klärung aller offenen Fragen bleibt erhalten», fasste der Delegationsleiter Hans *Schneider* (Zeiningen) die Ergebnisse der über 50stündigen Verhandlungen zusammen. «Wir müssen jetzt vom Bundesrat einen politischen Entscheid verlangen, denn das Vertrauen, das er in seine Verwaltung setzt, ist nicht in bezug auf alle Beamten gerechtfertigt», ergänzte Schneider. Der Jurist Martin *Schubarth* wies dabei darauf hin, dass die bereits erteilte Standortbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst «rechtsstaatlich nicht haltbar» sei, da sie nach übereinstimmender Ansicht der Experten beider Seiten erstens im Gesetz nicht vorgesehen ist und zweitens nicht publiziert worden sei.

*Bundesexperten orientierten anders*

J. S. Im Anschluss an die ordentliche Mittwochsitzung des Bundesrates verlas Vizekanzler Walter Buser folgenden Text über die Kaiseraugst-Gespräche: «Bundesrat Ritschard hat unter Hinweis auf Publikationen über die Pressekonferenz der Verhandlungsdelegation der Kernkraftwerkgegner den Bundesrat dahin orientiert, dass die an dieser Pressekonferenz – sie fand am Dienstag statt – geäusserten Feststellungen im Gegensatz zu dem stehen, was die Experten des Bundes seinem Departement mitgeteilt hätten. Der Bundesrat wird gestützt auf den Bericht der Leiter der Expertengruppe des Bundes, welcher noch in Ausarbeitung ist, abschliessend Stellung nehmen. Mitte November findet eine weitere Zusammenkunft der Vertreter des Bundes und der Delegation der Kernkraftwerkgegner statt. Anschliessend daran wird dann Bundesrat Ritschard die Presse orientieren.»

*«Badener Tagblatt», Baden, 23. Oktober 1975*

**Grosses Kernkraftwerkprogramm für die Comecon-Länder**

*Warschau, 22. Oktober (afp)* Die dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) angehörenden Länder haben ein Programm zum Bau von *Kernkraftwerken mit insgesamt 150 neuen Reaktoren* aufgestellt. Nach polnischen Agenturberichten soll die Ausführung dieser Vorhaben zwei spezialisierten internationalen Organisationen des Comecon, der *Interatominstrument* mit Sitz in Warschau und der *Interatomenergo* mit Sitz in Moskau, übertragen werden. Die Pläne sehen den Bau von Kernkraftwerken vor, die mit zwei Reaktoren des Typs Woronej 440 mit einer Leistung von 880 MW ausgerüstet werden sollen.

In der *DDR*, die bereits seit 1973 über ein Kernkraftwerk verfügt, soll noch in diesem Jahr ein zweites in Betrieb genommen werden. Bis 1985 sollen weitere Kernkraftwerke eine Gesamtleistung von 5000 MW erbringen. In der *Tschechoslowakei*, wo seit 1972 ein 100-MW-Werk in Betrieb steht, werden zurzeit zwei weitere Kernkraftwerke mit einer Leistung von je 880 MW erstellt. Von 1977 an soll laut dem Comecon-Programm jedes Jahr ein weiteres Werk seinen Betrieb aufnehmen. Für *Polen* und *Ungarn* sieht das Programm den Bau von Kernkraftwerken mit einer Leistung von insgesamt 2000 MW für beide Länder zusammen vor. Es wird damit gerechnet, dass das erste polnische Werk, an der Ostküste, im Jahre 1983 seiner Bestimmung übergeben werden kann. *«Neue Zürcher Zeitung», 23. Oktober 1975*